

Beschluss des Landrats vom 27.02.2025

Nr. 1031

26. Verbesserung der psychischen Gesundheit im Zusammenhang mit Migration 2024/633; Protokoll: mko

Dominique Erhart (SVP) sagt, dass sich die SVP-Fraktion gegen die Überweisung dieses Postulats ausspreche. Der Grund dafür liegt in der Überzeugung, dass bereits ein gut ausgebautes Gesundheitssystem existiert, welches den Zugang auch für diese Bevölkerungsgruppen sicherstellt. Zusätzliche Kosten müssen somit nicht generiert werden.

Balz Stückelberger (FDP) sagt, dass sich seine Fraktion der Haltung der SVP-Fraktion anschliesse und das Postulat ablehne. Gesundheit ist für alle Menschen von grosser Bedeutung, insbesondere für vulnerable Personen – und das unabhängig von ihrer Herkunft. Dafür stehen zahlreiche Institutionen, sowohl private als auch öffentliche, zur Verfügung. Es existieren Anlaufstellen und Netzwerke, die genau für diese Unterstützung geschaffen wurden. Zudem – und diese Bemerkung sei ihm als Freisinniger erlaubt – gibt es das Prinzip der Eigenverantwortung sowie die Verantwortung des persönlichen Umfelds, falls jemand nicht in der Lage sein sollte, seine Verantwortung wahrzunehmen. Die FDP glaubt deshalb, dass die bestehenden Strukturen ausreichend sind, so dass ein weiteres Postulat nicht erforderlich ist.

Ein weiteres Argument betrifft den Inhalt des Vorstosses: Dieser besteht zu 90 % aus Fragen, die eher einer Interpellation entsprechen. Solche Fragen sind zweifellos von Interesse, doch auf den letzten Metern biegt der Vorstoss in Richtung Postulat ab und fordert letztlich Investitionen. Das ist im Wesentlichen der Grund, weshalb die FDP-Fraktion dagegen ist. Zudem enthält die Einleitung die unwahre Aussage, dass in Basel-Stadt ein gleichlautendes Postulat eingereicht worden sei. Fleur Weibel hat zwar einen Vorstoss mit praktisch gleichem Wortlaut eingereicht, dies aber als schriftliche Anfrage, indem sie auf den letzten Satz verzichtet hat. Deshalb ist es in der Stadt nicht einmal eine Interpellation, sondern eine schriftliche Anfrage. Daher wäre eine erneute Einreichung als Interpellation die sinnvollere Variante, um konkrete Antworten zu erhalten. Handlungsbedarf besteht in dieser Form nicht.

In der vergangenen Woche sei laut **Pascale Meschberger** (SP) bereits über ein von der «Migrant*innensession» in Basel entworfenes Postulat diskutiert worden. Die psychische Gesundheit stellt eines der grossen Probleme im Gesundheitswesen dar – ein Thema, das bereits mehrfach diskutiert wurde. Es ist unbestritten, dass zahlreiche Angebote existieren, diese jedoch bei weitem nicht ausreichen. Besonders dramatisch gestaltet sich die Situation für betroffene Personen mit Migrationshintergrund. Das Postulat trägt erkennbar die Handschrift vieler Beteiligter und beleuchtet verschiedene Aspekte, was dessen Bedeutung unterstreicht. Dass Fleur Weibel im letzten Moment eine andere Einreichungsform gewählt hat, stellt ein unglückliches Detail dar, ändert jedoch nichts an der inhaltlichen Relevanz. Entscheidend ist, dass betroffene Personen Unterstützung erhalten, unabhängig davon, ob sie Schweizer Staatsbürgerinnen sind oder einen Migrationshintergrund haben.

Ein zentraler Aspekt ist der Zusammenhang zwischen Rassismus und psychischen Problemen. Dieses Problem betrifft nicht ausschliesslich Menschen mit direktem Migrationshintergrund. Auch Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft, deren Namen oder Hautfarbe nicht dem gesellschaftlichen Durchschnitt entsprechen, sind betroffen. Der Kanton engagiert sich bereits in diesem Bereich, doch das Problem besteht weiterhin. Besorgniserregend ist zudem, dass rassistische Tendenzen in letzter Zeit zugenommen haben – eine Entwicklung, die für viele Betroffene eine erhebliche Belastung darstellt.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft qualifizierte Fachkräfte, die in die Schweiz gekommen sind. Viele von ihnen bringen wertvolle Kompetenzen mit – darunter auch Fachpersonen aus der Psychologie oder Psychiatrie, die einen grossen Rucksack mitbringen. Doch trotz ihres Fachwissens erhalten sie keine Arbeitserlaubnis. Hier braucht es dringend Lösungen, um ihnen zu erlauben, ihre Fähigkeiten zu nutzen – und zwar nicht gratis. Gerade im psychischen Bereich stellt die Sprache eine entscheidende Hürde dar und ist besonders wichtig, um sich verständlich zu machen. Deshalb wäre es wertvoll, Personen mit Migrationshintergrund einzusetzen, die auch den kulturellen Hintergrund besser verstehen. Sie wären dankbar dafür.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Asylzentren. Menschen, die dort untergebracht sind, haben oft extreme Erlebnisse hinter sich. Eine Anlaufstelle für psychische Betreuung könnte dazu beitragen, Eskalationen zu verhindern und den Betroffenen dringend benötigte Unterstützung zu bieten. Schliesslich zeigen verschiedene Studien, dass sich Investitionen in psychische Gesundheit – sprich Psychotherapien – lohnen. Jeder investierte Franken kommt mehrfach zurück, da an anderer Stelle Kosten eingespart werden.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) sagt, dass für die Mitte-Fraktion die Stärkung der psychischen Gesundheit allgemein ein wichtiges Anliegen sei, sowohl für jede betroffene Person als auch aus gesellschaftlicher Perspektive. Besonders Migrantinnen und Migranten sind aufgrund ihrer Erfahrungen und Belastungen häufig stärker betroffen und sollten daher besonders berücksichtigt werden – ebenso wie andere vulnerable Gruppen. Aus diesem Grund spricht sich die Fraktion grossmehrheitlich für die Prüfung dieses Anliegens aus.

Werner Hotz (EVP) sagt, dass aus der Sicht der Grünen/EVP-Fraktion verschiedene Punkte einer sorgfältigen Prüfung bedürfen. Relevant ist dabei, dass der Regierungsrat bereit ist, das Anliegen aufzunehmen. Er verfügt über die notwendigen Mittel, um eine adäquate Prüfung und Beantwortung sicherzustellen. Daher wird das Thema als wichtig und prüfenswert erachtet, weshalb eine Überweisung des Postulats unterstützt wird.

://: Mit 43:36 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
